



DEMONTAGE DES STAATES VON OBEN

AKK löst KSK-Kompanie auf

Von MANFRED ROUHS | Teile der deutschen Sicherheitskräfte sind offenbar einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt. Die kommt diesmal nicht von außen, und sie geht auch nicht von Terroristen im Inneren aus. Die Bedrohung kommt von oben, aus der Bundesregierung. Nachdem Ursula von der Leyen der Bundeswehr einen zumindest für deutsche Verhältnisse einmaligen finanziellen Skandal um Beraterverträge beschert und fanatisch versucht hat, die deutsche Armee von ihren historischen Wurzeln abzuschneiden, löst nun Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer eine von vier Kompanien des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr auf – wegen angeblicher „rechtsextremer Tendenzen“.

Widerspruch aus den Streitkräften gegen diese Entscheidung ist nicht zu erwarten. Der Generalstab geht vorsichtshalber lieber in Deckung, denn wer will sich schon des Verdachts aussetzen, möglicherweise selbst mit „Rechtsextremisten“ zu sympathisieren? Eine Beschwerde beim Parlament wäre offensichtlich aussichtslos. Denn dort lauert die Wehrbeauftragte Eva „Teletubbi“ Högl, um die eigene Truppe bei Bedarf unter Beschuss zu nehmen. Wer von der Leyen, Kramp-Karrenbauer und Högl an seiner Seite weiß, der braucht keinen Feind mehr. Diese drei Damen sind aus Sicht unserer Soldaten der Feind in den eigenen Reihen.

Entsprechend massiv kritisierte der Vorsitzende des AfD-Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Georg Pazderski, die Auflösung der 2. Kommandokompanie des KSK:

„Die Bundesverteidigungsministerin bekräftigt mit dieser Entscheidung den unsäglichen und völlig unbegründeten Generalverdacht gegen alle unsere Soldaten. Kramp-Karrenbauer schwächt die ohnehin kaputtgesparte Truppe durch einen weiteren moralischen Tiefschlag und setzt so Deutschlands Sicherheit fahrlässig aufs Spiel.

Wie schon mit der katastrophalen Aussetzung der Wehrpflicht durch einen Unionsminister hat die einstmals konservative Altpartei erneut unter Beweis gestellt, dass sie aus machttaktischen Erwägungen jederzeit bereit ist, Grundsatzpositionen aufzugeben und sogar die Diener unseres Staates rücksichtslos vor den Kopf zu stoßen. Dies wird auch im Ausland sehr aufmerksam beobachtet und negativ in die ohnehin kritische Einschätzung der Bündnistreue Deutschlands einfließen.“

Das KSK gehört zu den wenigen Einheiten der deutschen Streitkräfte, um die uns der etwas besser informierte Teil der zivilisierten Welt beneidet, während andere Einheiten international eher bemitleidet werden: nicht nur der Führung wegen, sondern beispielsweise auch wegen fehlender Ausrüstung, einem teilweise defekten Fuhrpark und veraltetem Gerät. Wer hier, beim KSK, den Hebel ansetzt, will offenbar den noch verbliebenen Rest an deutscher Verteidigungsfähigkeit von innen sabotieren. Und ein abschreckendes Beispiel setzen für jeden, der im Dienst der deutschen Streitkräfte steht. Die Botschaft lautet: Wer nicht kuscht, der fliegt!

Dem Dreigestirn aus Merkel (an der politischen Spitze), Högl und Kramp-Karrenbauer (wie auch schon zuvor von der Leyen) geht es offenbar darum, jeden, der im Dienst der deutschen Streitkräfte steht, politisch einzunorden und zu instrumentalisieren. Die Bundeswehr verändert dadurch ihren

Charakter: Weg von einer Verteidigungsstreitmacht, die im Dienste des ganzen Volkes steht, hin zum ideologisierten, bewaffneten Konfliktpotential einer politischen Klasse, die langfristig ihren eigenen Untergang erahnt. Eine ähnlich straffe Ideologisierung, wie wir sie jetzt erleben, erfuhr die deutsche Armee zuletzt im August 1944 als Reaktion auf den Versuch deutscher Offiziere, den Untergang unseres Landes durch einen Staatsstreich gegen eine militärisch realitätsferne Führung abzuwenden.

Da Besserung innerhalb der etablierten politischen Klasse nicht zu erwarten ist, bleibt den Betroffenen nur der Ausweg des offenen politischen Widerstands oder alternativ der inneren Emigration. Ausharren, bis der Spuk vorbei ist – das erfordert Geduld und Nerven. Die gute alte deutsche Soldatentugend der Disziplin kann hier den Unterschied zwischen Sieg oder Niederlage ausmachen – diesmal im Kampf gegen den Feind im Inneren, den Feind von oben in der politischen Führung.

Oder wie es Pazderski ausdrückt: „Ein trauriger Tag für die Sicherheit unseres Landes und für alle unsere Soldaten. Ich schäme mich für die rückgratlose Politik der Bundesregierung.“



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.